

# **Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.**

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13;  
Tel. 03647 423223 - Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

Pößneck, den 28. 03. 2004

## **Pressemitteilung/ Einladung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur Protest-Demo am 01. April 2004 um 17:00 Uhr vor dem Thüringer Landtag, unter dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit, auch bei Kommunalabgaben“, erwarten wir mehrere tausend Teilnehmer, die mit der Politik von Rot/ Grün in Berlin und der CDU in Thüringen nicht einverstanden sind. Neben Bodo Ramelow (PDS), Kathrin Hoyer (B90/ Die Grünen), Ralf-Uwe Beck (Bündnis "Mehr Demokratie in Thüringen") und Joachim Bleeck (Haus und Grund Thüringen), Uwe Höhn (SPD) und Werner Hempel („Initiative braucht Gerechtigkeit“) zugesagt. Innenminister Trautvetter hat nun auch zugesagt und wird mit einem Redebeitrag teilnehmen.

Vertreter der *Bürgerallianz* stehen im Anschluß der Veranstaltung den drei Landtagsfraktionen für eine Gesprächsrunde zur Verfügung.

Die angekündigten Maßnahmen der Landesregierung, unbebaute und nicht angeschlossene Grundstücke kostenlos zu stunden, sind nichts anderes, als ein „Tod auf Raten“. Zinshilfen machen nur Sinn, wenn Rechtsmittel gegen Bescheide aufrecht erhalten werden können.

Die *Bürgerallianz* warnt Parteien und Organisationen davor, mit Polemik den Eindruck entstehen zu lassen, daß bei einer Gebührenfinanzierung die Mieter die Kosten zu übernehmen hätten. Mieter sind auch jetzt schon indirekt an den ungerechten und meist unzulässigen Kosten beteiligt. Wir werden weiterhin unsere Interessen für Mieter und Haus- und Grundstückseigentümer einsetzen.

Die Veranstaltung am 01. April 2004 wird deutlich machen, daß für den Sozialabbau nicht nur Rot/ Grün, sondern auch die CDU verantwortlich ist. Die Menschen in Thüringen und in allen anderen neuen Bundesländern haben es satt, weiter belogen, benachteiligt und betrogen zu werden. Die Versprechungen verantwortlicher Parteien der letzten Jahre führen leider zu einem Vertrauensverlust in die Politik. Gehälter von Managern oder Vorständen stehen in keinem Verhältnis mehr zur Bevölkerung. Der Betrug beim Umgang mit öffentlichen Geldern nimmt zu. Wir müssen verhindern, daß das Vertrauen in die Demokratie weiter sinkt.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
stellvertretender Landesvorsitzender  
<http://www.buergerallianz.de>